

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 39 40. Jg.

30. Sept. 1927

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Zahlungsb. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zustellungskatalog Nr. 3373). Für die Länder des Weltpostvereins 1, - Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schandorfstraße Augustastraße 4.0

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition arbeiten. **Postverlagsgaort Schkeud**

## Zu den Tarifverhandlungen für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Tief- und Lichtdrucker.

Wie seit der Beendigung des großen Völkermordens alljährlich, werden auch dieses Jahr Verhandlungen zwecks Revidierung des Tarifvertrages für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker gepflogen. Und zwar in Folge Vereinbarung der Tarifparteien am 5. und 6. Oktober in der Goethestadt Weimar. Was diese Verhandlungen bringen werden, ist zwar nicht gut voraus zu sagen, viel wird es jedoch nicht sein, da sich die Wünsche der Tarifparteien auf Gestaltung des Tarifes, wie immer, scharf gegenüber stehen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Bund chemigraphischer Anstalten im Verein mit dem Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer diesmal von jeder Antragsstellung abgesehen und nur „Grundsätzliche Erklärungen“ dem Tarifrat zur Tarifberatung eingereicht hat. Die Motive zur Einreichung der grundsätzlichen Erklärungen glauben wir zu kennen. Trotzdem halten wir sie für ein Ding an sich. Denn mit grundsätzlichen Erklärungen lassen sich weder Tarife bauen noch Tarifrevisionsverhandlungen führen. Grundsätzliche Erklärungen sind doch lediglich Kundgebungen einer Person oder einer Partei zu den Dingen, wie man sie wünscht und für erforderlich zu gestalten hält, meist ohne konkrete Angaben. Grundsätze sind Richtlinien für künftiges Handeln; sie sind Ausdruck der Überzeugung.

Doch was sagen die grundsätzlichen Erklärungen des „Bundes“ und der Lichtdruckereibesitzer?

Lassen wir sie zur Kenntnis aller Kollegen im Wortlaut folgen:

„Der Tarifvertrag trägt in seiner jetzigen Gestaltung den Interessen der Firmen, welche dem Bund der chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands E.V. sowie dem Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer E.V. angehören, nicht genügend Rechnung. Wenn der Tarifgedanke lebendig bleiben und nicht zu einem Schemen verblasen soll, so muß vor allem der Zugehörigkeit zu den vertragschließenden Organisationen im Tarifvertrag eine erhöhte Bedeutung beigelegt werden. Sache des Tarifausschusses wird es sein, hierfür eine geeignete Form zu finden. In seiner jetzigen Gestalt jedenfalls bietet der Tarifvertrag keinen Anreiz zu weiterer tariflicher Bindung.“

Der neue Tarifvertrag wird fernerhin angesichts der auf dem Arbeitsmarkt hervorgetretenen Zustände der Heranziehung des Nachwuchses besondere Wichtigkeit beimessen müssen.

Der Nachwuchs ergänzt sich zur Zeit durch Heranbildung von Lehrlingen und durch Ausbildung geeigneter Arbeitskräfte aus anderen Berufen (Oberläufer). Der auf diese Weise bisher herangebildete Nachwuchs reicht aber nicht aus, da das photomechanische Reproduktionsgewerbe, dessen Berufe im wesentlichen im Bund der chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands E.V. sowie im Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer E.V. vertreten sind, infolge Ausbreitung der photomechanischen Verfahren fortwährend neue Arbeitskräfte benötigt. Auch die von allen Einsichtigen angestrebte Einschränkung der Überstunden läßt sich nur durchführen, wenn weitere Arbeitskräfte dem Beruf zugeführt werden. Dazu kommt, daß für die Jahre 1930-1933 wegen Geburtenrückganges in den Kriegsjahren ein erheblicher Mangel an Lehrlingen zu erwarten ist. Wird doch in der amtlichen Begründung zum Berufsausbildungsgesetz der Gesamtauffall für das Jahr 1933 auf weit über 2 Millionen jugendlicher Arbeitskräfte berechnet. Angesichts dieser Tatsachen ist eine Änderung der Lehrlingskala und ein Fortfall der einschränkenden Bestimmungen für die Ausbil-

dung von Oberläufern unabweislich, falls nicht das Gewerbe gegenüber den Anforderungen der Zukunft vollkommen versagen soll.“

Wer diese grundsätzlichen Erklärungen aufmerksam und kritisch prüft, wird ihnen diplomatisches Geschick nicht gut absprechen können. Denn sie sagen sehr viel und nichts. Sie lassen alle möglichen Deutungen zu, geben aber auch Verhandlungen freien Spielraum. Es sind eben grundsätzliche Erklärungen des einen Tarifpartners, denen postwendend die Grundsätze des anderen Tarifpartners entgegengestellt werden können. Denn darin liegt doch überhaupt die Existenzmöglichkeit von Tarifverträgen, daß die Tarifkontrahenten grundsätzlich gegensätzlicher Meinung darüber sind, was den Berufsangehörigen vom Gewerbe an Lohn- und Arbeitsverhältnissen geboten werden kann. Der Ausgleich dieser Gegensätze, die mittlere Basis, das, was zur Not gerade noch getragen werden kann: Das ist der Tarifvertrag! Er ist deshalb notwendig zugleich auch ein Zeichen gegebener Machtverhältnisse.

Die Unternehmer sagen anfangs ihrer grundsätzlichen Erklärungen: „Der Tarifvertrag trägt in seiner jetzigen Gestaltung den Interessen der Firmen“... nicht genügend Rechnung.“ Wir meinen, dieselbe Erklärung wird auch von den Gehilfen, nur in anderer Form, abgegeben. Denn die von der Gehilfenschaft gestellten 15 Tarifänderungsanträge sind doch der konkrete Beweis dafür, daß der Tarif in seiner jetzigen Gestaltung den Interessen der Gehilfen nicht genügend Rechnung trägt. Und auch die Meinung ist in Hilfskreisen sehr weit verbreitet, daß der Tarif in seiner jetzigen Gestalt keinen Anreiz zu weiterer tariflicher Bindung bietet. Die Gehilfen haben detaillierte Anträge gestellt, wie der Tarif, entsprechend ihren Interessen zu gestalten ist. Die Unternehmer haben sich dagegen auf grundsätzliche Erklärungen beschränkt. Ob so überhaupt eine Verhandlung möglich ist, darf füglich bestritten werden. Denn über Grundsätze läßt sich doch schlechterdings überhaupt nicht verhandeln. Uns scheint nur möglich, einen billigen Ausgleich der Gegensätze zu suchen, der aber nur bei konkreten Vorschlägen zu finden ist. Diese konkreten Vorschläge sind die Unternehmer aber noch schuldig. Ihre Formulierung während der Verhandlung wird voraussichtlich nur Erschwerung der an sich sicherlich nicht leichten Verhandlungen sein. Es kann deshalb auch mit Überraschungen und sonstigen Komplikationen gerechnet werden, die sich schon allein aus der Tatsache ergeben können, daß sich auch die Gehilfenvertreter nicht an die von der Gehilfenschaft eingereichten Anträge halten, sondern je nach der gegebenen Situation neue Anträge einreichen.

So wenig die grundsätzlichen Erklärungen der Unternehmer eine konkrete Basis für Tarifrevisionsverhandlungen bieten, zeigen sie doch an, in welcher Richtung der Tarif abgeändert werden soll, um mehr Unternehmerinteressen Rechnung zu tragen. Vor allen Dingen soll der Zugehörigkeit zu den vertragschließenden Organisationen im Tarifvertrag eine erhöhte Bedeutung beigelegt werden. Das kann doch nur heißen, daß die jetzigen Bestimmungen über Tarifreue modifiziert werden und die Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft durch Vertrag mit dem Gehilfenverband aufgehoben wird. An deren Stelle soll dann der schon einmal bestandene Zwangstarif gesetzt werden. Anders läßt sich die „erhöhte Bedeutung“ gar nicht auslegen angesichts der bekannten Tatsache, daß die Gehilfenschaft bei Neuabschluß eines Tarifes auf dessen Verbindlichkeitserklärung besteht.

Obwohl ein Zwangstarif für die Gehilfenschaft durchaus bedenkliche Seiten hat und als organisatorische Hilfe ohne jede Bedeutung ist, würden

wir doch dem Abschluß eines solchen Vertrages zustimmen. Freilich nur dann, wenn er auch alle Garantien seiner Durchführung enthält. Einem Zwangstarif, der den Gehilfen nur Verpflichtungen auferlegt, kann keine Zustimmung auf Gehilfenseite werden. Pflichten und Rechte müssen gleich verteilt sein. Zu den Rechten zählen wir besonders die Mitbestimmung bei der Preisfestsetzung. Nur wenn die Gehilfenschaft mitschieden hat, was im Gewerbe Rechtens sein soll, kann von ihr billigerweise verlangt werden, mit aller ihr zu Gebote stehender Kraft für die getroffenen Entscheidungen einzutreten. Daß das dann auch geschieht, dafür braucht es keiner Beweise, sientemalen erst kürzlich gezeigt worden ist, daß die Gehilfenschaft für die Anerkennung des Tarifes auch dann eintritt, wenn ihr die größten gerichtlichen Verwicklungen in Aussicht stehen. Sollte mit der Unternehmerrandung jedoch nur Beratungsstoff geboten werden, so wird es eben auch dabei bleiben; man wird reden.

Der zweite längere Teil der grundsätzlichen Erklärungen gilt dem Lehrlingswesen und den Oberläufern. Der Extrakt ist: Mehr Lehrlinge, Freiheit in der Einstellung von Oberläufern. Da die Gehilfen zu diesen Tarifpositionen ebenfalls Anträge gestellt haben, ist die Auseinandersetzung an sich schon gegeben.

Die Unternehmer geben in ihren grundsätzlichen Erklärungen auch eine Begründung für ihr Verlangen. Sie weisen auf die Ausbreitung der photomechanischen Verfahren und auf den Geburtenrückgang während des Krieges hin. Beiden Argumenten stehen aber sehr triftige Einwände gegenüber. Verwiesen sei nur auf die von allen Wissenschaftlern, als unvermeidlich hingestellte Dauerarbeitslosigkeit infolge der Rationalisierung. Und alle Statistiken beweisen, daß die Jahre 1930 bis 1933 noch immer den Bedarf an jugendlichen Arbeitern reichlich decken werden. Weiter ist aus Massenzucht noch niemals Qualität hervorgegangen. Qualitätsarbeit soll doch aber nach endlicher Unternehmerrandung Besserung der deutschen Wirtschaft bringen. Und noch mehr Einwände stehen der Unternehmerrandung gegenüber.

Man wird nicht fehlgehen, das Konkrete der grundsätzlichen Unternehmererklärungen betreffend Lehrlingswesen und Oberläufer in den vorjährigen Unternehmeranträgen zu sehen. Daß die Gehilfen solchem Ansinnen beipflichten könnten, scheint uns ganz ausgeschlossen. Die zuständigen Körperschaften der Gehilfen haben trotz vieler Wünsche zwar keine straffere Lehrlingskala gefordert, sie dürften aber auch nicht geglaubt sein, den Unternehmerwünschen Rechnung zu tragen. Wir meinen, dazu liegt auch nicht der geringste Anlaß vor. Als die letzte große Krise richtig einsetzte, lagen so viel Arbeitskräfte, auch der photomechanischen Fächer, brach, daß selbst der schärfste Theoretiker der Reservarmeidee befriedigt sein konnte. Im Kupferdruckgewerbe ist die Arbeitslosigkeit noch heute unvergleichlich groß. Da sollte die Einstellung von Lehrlingen überhaupt untersagt werden, wie ein Antrag der Gehilfen auch ganz richtig fordert. Bezüglich der Oberläufer haben die Gehilfen einen sehr detaillierten Antrag eingebracht, der endlich eine Norm bringt, wie brauchbare Arbeitskräfte für die Gewerbe im Notfall gewonnen werden könnten. Es kommt nicht darauf an viel Oberläufer zu haben, sondern brauchbare Arbeitskräfte heranzubilden. Das muß und wird von den Gehilfen immer wieder vorangestellt werden, weil es handgreiflich ist, daß nur Qualitätsarbeit deutsche Wirtschaft fördern und erhalten kann.

Wie schon betont, hat die Gehilfenschaft 15 Anträge zur Tarifrevision eingebracht. Sie einzeln zu besprechen, scheint nicht nötig. Diese 15 Anträge werden die Grundlage der Auseinandersetzungen in Weimar sein, wenn nicht mit der

bisherigen Verhandlungsmethode gebrochen wird, wie es den Anschein hat. Aber wie dem auch sei: Sicher ist, wie üblich, mit einer sehr scharfen Verhandlung zu rechnen. Die Gegensätze haben sich nicht abgemildert, sondern wesentlich verschärft. Das beweisen die letzten Tarifratsitzungen zur Genüge. Werden auch die Tarifrevisionsverhandlungen auf gleicher Basis geführt, gehört ein Abbruch der Verhandlungen ins Reich der Möglichkeit. Die Gehilfen werden infolge ihrer organisatorischen Einheit und Geschlossenheit natürlich auch ohne Tarif zu ihrem Rechte kommen, ob aber das Gewerbe dabei gut fährt, ist eine andere Frage. Doch das geht auch die Unternehmer an. Warten wir darum ab, was Weimar bringen wird. Erst bei Vorlage des Verhandlungsergebnisses ist eine Entscheidung gegeben.

## Bundesausschußsitzung des ADGB. in Magdeburg.

Einer Einladung von Oberbürgermeister Beims folgend, hatte der Bundesvorstand den Bundesausschuß zu seiner 9. Sitzung am 13. September nach Magdeburg einberufen. Der Bundesvorstand wollte den Verbandsvertretern Gelegenheit geben, die Theaterausstellung zu besuchen, die ein bedeutendes Kapitel Deutscher Geistesgeschichte in hervorragender klarer Ordnung des gewaltigen Stoffes veranschaulicht. Der Verband Deutscher Volksbühnenvereine, der Deutsche Musikerverband und die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger haben sich an der Ausstellung beteiligt. Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat eine Wandlung in der sozialen Stellung der Schauspieler, in der Sicherung ihrer Rechte herbeigeführt, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Sie durfte auf einer solchen Ausstellung, die ja nicht nur die Geschichte des Theaters darzustellen versucht, sondern auch die Beziehungen zwischen dem Theater und den großen kulturellen Organisationen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und des Publikums vor Augen führen will, ebenso wenig fehlen wie die andere Gewerkschaft, der Deutsche Musikerverband, die sich um die Orchestermusik die gleichen Verdienste erworben hat. Der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine, der hunderttausende von Theaterbesuchern organisiert hat und ihnen ermöglicht, für billiges Geld klassische und moderne Schauspiele und Opern kennenzulernen, und durch seine reichhaltigen, künstlerischen Veranstaltungen auf anderen Gebieten, durch seine Konzerte, Darbietungen moderner Tänze und Vortragsabende, einer großen Zahl von Menschen Gelegenheit gibt, in einer ihnen sonst verschlossenen Welt heimisch zu werden, ist, seiner großen Leistung entsprechend, auf der Ausstellung in einem großen Raum vertreten. Die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften haben daher zu dem Unternehmen der Magdeburger Stadtverwaltung eine Fülle von Beziehungen.

Der Bundesausschuß tagte in der neuen Stadthalle, die von Stadtbaurat Goederitz erbaut worden ist. Der Zweckgedanke, der die moderne Architektur beherrscht, ist in diesem monumentalen Bauwerk, das in erstaunlich kurzer Zeit errichtet worden ist, in einer künstlerisch wie technisch gleicher Weise klaren Form gestaltet worden. Die neue Bauweise hat bei den Gewerkschaften schon früh Verständnis gefunden. Sie haben selbst als Bauherren den führenden Architekten Gelegenheit gegeben, ihre Ideen zu verwirklichen. Das Bundeshaus, das Haus des Buchdruckerverbandes in Berlin, das Ausstellungsgelände auf der Geselei sind bereitere Zeugnisse, daß die Schöpfer des neuen Baustils in den Gewerkschaften großzügige Auftraggeber gefunden haben.

Vor Eröffnung der eigentlichen Tagung begrüßte Oberbürgermeister Beims im Namen der Stadtverwaltung den Bundesausschuß mit herzlichen Worten. Im Namen des Ortsausschusses ließ Stadtrat Flügge die Verbandsvertreter willkommen. Leipart dankte dem Oberbürgermeister und dem Sekretär des Ortsausschusses für die freundliche Aufnahme in dieser Stadt, in der die Arbeiterbewegung seit langem und zumal im letzten Jahrzehnt eine so bedeutsame Rolle spielt und ihren Führern ein reiches Feld der Betätigung erschlossen hat.

Dann erstattete Leipart den Bericht des Bundesvorstandes. Der Bundesvorstand wird eine Konferenz der Arbeitersekretäre einberufen, und zwar vom 26. bis 28. September nach Frankfurt am Main. Die Konferenz wird sich mit dem Verfahren in der Unfall- und Invalidenversicherung, bei den Arbeitsgerichten und der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Für die Krankenkassenwahlen hat der Bundesvorstand erneut eine besondere Broschüre als Wahlanleitung herausgegeben. Leipart verwies noch auf die Konferenz der Bezirksssekretäre, die kürzlich stattgefunden hat. Des weiteren ist ein neuer Bezirk, Hannover-Braunschweig gebildet worden, dessen Leitung Kollege Brembecke vom Bekleidungsarbeiterverband in Braunschweig übernommen hat. An Stelle des Kollegen Dr. h. c. Meyer, der Polizeipräsident von Duisburg geworden ist, ist Kollege Böckler, bisher 1. Bevollmächtigter des Metallar-

beiterverbandes in Köln, vom Bundesvorstand an die Spitze des Bezirks Rheinland-Westfalen berufen worden.

Über die Verwendung des vom Reichstag bewilligten und auf dem ADGB. entfallenden Anteil aus dem Zehn-Millionen-Fonds für Arbeitnehmer stimmt der Bundesausschuß den Vorschlägen des Bundesvorstandes zu. Danach soll, entsprechend den mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete vereinbarten und von allen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften anerkannten Richtlinien eine Bundesschule des ADGB. im besetzten oder besetzt gewesenen Gebiet errichtet werden. Ein größerer Betrag wird als Fonds sichergestellt, damit von den Einzelverbänden entsandten Schülern ein Zuschuß zu den Internatskosten gewährt werden kann. Über die Verwendung der Mittel übt das Ministerium für die besetzten Gebiete im Rahmen der Richtlinien die Kontrolle aus. Nach diesen Richtlinien ist jede Zuwendung oder Unterstützung an Personen, Gruppen oder einzelne Organisationen unzulässig.

Der Bau und die Organisation der beiden geplanten Bundesschulen erfordert die Anstellung einer neuen Kraft, eines Bildungssekretärs, dessen Aufgabe darüber hinaus die Förderung der Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, insbesondere der Verbände, die keine eigenen Schulen haben, sein wird. Die Oberleitung des ganzen Schulbetriebs soll in der Hand des Bundesvorstandes, in erster Linie des neuen Bildungssekretärs, liegen.

Der Bericht des Bundesvorstandes wurde einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende erteilte dann Genossen Naphtali das Wort zu einem Bericht über die bisherige Tätigkeit der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik. Die Forschungsstelle ist bekanntlich eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften, der Partei und der Genossenschaften. Ihre Aufgabe ist, für die Einheitlichkeit der wirtschaftspolitischen Stellungnahme der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung zu sorgen. Die Forschungsstelle besteht aus zwei Abteilungen mit fünf wissenschaftlichen Kräften. Die agrarpolitische Abteilung untersteht dem Genossen Dr. Baade, die Abteilung, die sich vor allem mit den Fragen der Handelspolitik und der Industrie zu beschäftigen hat, wird vom Genossen Naphtali geleitet. Eine solche Stelle muß natürlich über einen entsprechenden Apparat verfügen. Es ist daher ein wirtschaftspolitisches Archiv angelegt worden, das zur Zeit aus 600 Mappen besteht. Außerdem ist eine Spezialbibliothek eingerichtet worden, die vornehmlich Monographien über die verschiedenen Industrien enthält. Eine Reihe von Hilfskräften sind für diese und andere Arbeiten eingestellt worden.

Die Forschungsstelle hat als Aufgabe, in den Tagesfragen der Wirtschaftspolitik die wissenschaftliche Durchdringung des gesamten Materials zu leisten und eine einheitliche Stellungnahme vorzubereiten. Das Arbeitsprogramm hat sich daher der Forschungsstelle von der Tagespolitik her aufgedrängt. In der bisherigen Arbeitsperiode waren es vor allem folgende Gebiete, welche die Forschungsstelle beschäftigt. Die Wirtschaftsenquete hat die Arbeitskraft der Forschungsstelle in erster Linie in Anspruch genommen. Außerdem haben die Forschungsstelle eine Reihe von Einzelfragen beschäftigt. Sie hat zusammengearbeitet mit dem Vorstand des ADGB. bei der Denkschrift vom Februar 1926 über die Wirtschaftslage. Durch die Denkschrift ist seinerzeit ein bedeutender Einfluß auf die öffentliche Meinung ausgeübt worden. Die dauernde Beobachtung und Bewertung der Wirtschaftslage ist überhaupt ihre ständige Aufgabe.

Die Forschungsstelle hat grundsätzlich die Subventionierung einzelner Unternehmungen bekämpft, auch da, wo sie bestimmten Gruppen der Arbeiterschaft im Augenblick förderlich zu sein schien. Es kommt in dieser Frage wie auch bei der Stellungnahme zu preispolitischen Fragen auf die Einordnung der Gruppeninteressen in die Gesamtinteressen an. Je größer der wirtschaftliche Einfluß der Arbeiterbewegung wird, um so größer werden die Reibungsflächen zwischen den Organisationen der Arbeiterschaft. Hier gleichend zu wirken, ist eine wesentliche Funktion der Forschungsstelle.

Bei der Frage der Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms war es besonders wichtig, möglichst eine Übereinstimmung zwischen den Reichs- und Landtagsfraktionen und dem ADGB. herbeizuführen. Bei Gelegenheit des Arbeitsbeschaffungsprogramms ergaben sich eine Reihe von strittigen Fragen. Genosse Naphtali ging besonders auf die Kanalfrage ein. Es mußte vielfach die rein lokale Einstellung der Arbeitgebervertreter überwunden werden.

Auf dem Gebiet der Zollverhandlungen, der Agrarpolitik, bei der Vorbereitung des sozialdemokratischen Agrarprogramms hat die Forschungsstelle sich führend betätigt.

Als die Frage der Ferngasversorgung auftauchte, zeigten sich starke Unterschiede der Auffassungen zwischen den verschiedenen gewerk-

schaftlichen Organisationen. Hier hat eine zu diesem Zwecke eingesetzte Beratungsstelle einen Ausgleich der Gegensätze ermöglicht. Naphtali besprach sodann die Meinungsverschiedenheiten bei der Zündholz- und bei der Zigarettengesetzgebung. Auch hier wird eine einheitliche Stellungnahme von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften herbeigeführt werden können.

Naphtali schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch auf eine engere Zusammenarbeit mit den einzelnen Verbänden.

Leipart dankte dem Genossen Naphtali für seinen instruktiven Bericht, der zeigte, wie umfangreich das Aufgabengebiet der Gewerkschaften geworden ist.

Anschließend gab Schlimme eine Darstellung der Gründe, die zu Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen führen. Er erinnert daran, daß zur Vermeidung solcher Meinungsverschiedenheiten viel beitragen kann, wenn die Bestimmungen der Bundessatzungen über die Führung von Lohnbewegungen und über Tarifabschlüsse in Gebieten und Betrieben, an denen mehrere Organisationen beteiligt sind, von vornherein sorgfältigste Beachtung finden. Leider seien die Gedanken dieser Bestimmungen noch nicht in die Bundessatzungen aufgenommen worden, obwohl § 55 der Bundessatzung diese Übernahme fordert. Daher erinnert der Bundesvorstand daran, daß die Bestimmungen der Bundessatzungen streng innegehalten werden müssen. Ferner schlägt der Bundesvorstand vor, daß Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen nur im Einvernehmen aller beteiligten Verbände gestellt werden mögen. Ergeben sich hierbei Meinungsverschiedenheiten, so soll der Bundesvorstand schlichtend eingreifen.

Nach einer kurzen Debatte schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Nach der Tagung hatte Oberbürgermeister Beims den Bundesausschuß zu Gast geladen. Im Anschluß daran hielt Stadtbaurat Goederitz einen kurzen Vortrag über die neue Stadthalle, insbesondere über die technischen Besonderheiten des großen Saales, in dem 4000—5000 Personen Raum finden können. Dann übernahm einer der wissenschaftlichen Leiter der Theaterausstellung, Herr Paul Alfred Merbach aus Berlin, die Führung durch die Ausstellung und schilderte in einem anregenden Vortrag die Entwicklung des Theaters. Als Abschluß des Tages wurde noch die neue, im Westen der Stadt gelegene Siedlung besichtigt, die schon heute etwa 1200 Wohnungen umfaßt und nach Durchführung des ganzen Bauplanes auf ungefähr 5000 Wohnungen kommen wird.

## Übervölkerung.

In Nr. 30, 31 und 36 der „Gr. Pr.“ schreibt der Kollege n—l unter dem Titel „Ist in Europa mit einer Übervölkerung in den nächsten 40—50 Jahren zu rechnen?“

Schon diese Fragestellung ist falsch. Er hätte genau so fragen können: Haben wir in Europa heute eine Übervölkerung oder war Europa vor 40—50 Jahren übervöllert? Außerdem hätte er wirklich nicht bei Europa stehen bleiben dürfen. Wenn ich ihn recht verstehe, so setzt er Übervölkerung und Arbeitslosigkeit gleich. Das ist eine geradezu ungläubliche Verkennung der Tatsachen und läuft zuletzt auf den Gedanken hinaus, wenn wir z. B. heute in Deutschland x Millionen Menschen weniger hätten, dann hätten wir keine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Ein ganz kurzer historischer Rückblick hätte dem Schreiber aber zeigen müssen, daß Arbeitslosigkeit mit ganz anderen Faktoren zusammenhängt. Wir hatten in Deutschland Arbeitslosigkeit, als auf der gleichen Fläche 40 Millionen Menschen wohnten, wir haben Arbeitslosigkeit heute mit über 60 Millionen Menschen und wir werden Arbeitslosigkeit haben, wenn auf dem deutschen Boden 100 Millionen Menschen leben, wenn bis dahin noch der Kapitalismus die herrschende Wirtschaftsform ist. Im Kapitalismus wird immer Arbeitslosigkeit herrschen und dann im Sinne des Kollegen n—l Übervölkerung. Übervölkerung könnte doch wirklich nur vorhanden sein, wenn auf einem gegebenen Stück Erde die darauf lebenden Menschen nicht mehr ernährt werden könnten, d. h. wenn der Nahrungsmittelspielraum nicht mehr ausreicht. Es dürfte aber auch dem Kollegen n—l nicht unbekannt sein, daß heute die Erde als ganzes, als Wirtschaftsgebiet anzusehen ist und sich nicht mehr auflöst in einzelne Teile wie Deutschland, Europa, Amerika, Asien usw.

Die Technik sei ein mächtiger Gegner der Menschheit. Mir ist es unbegreiflich, wie jemand einen solchen Satz schreiben kann. Allerdings ist auch hier, wie bei seinen ganzen Ausführungen, immer der gleiche Fehler zu finden. N—l erkennt nicht die eigentlichen Ursachen: den Privatbesitz an Produktionsmitteln auf der einen Seite und die besitzlose Arbeitermasse auf der anderen Seite. Er erkennt nicht, daß die Technik das wunderbarste Hilfsmittel der Menschheit wäre, wenn eben nicht jener gesellschaftliche Zustand herrschte. So kommt er zu einer Verurteilung der

Technik und wird zum Maschinenstürmer. Er lenkt dabei die Arbeiter von ihrer Aufgabe, der Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschaft ab, und auf eine falsche zu.

Und mein lieber Kollege n-1, wieviel Überbevölkerung haben wir denn eigentlich heute? Sind es die 2 Millionen Arbeitslose von vor einem Jahr oder ist es die halbe Million von heute? Wieviel sollen denn nach Ihrer Meinung in die von Ihnen so hinsichtlich erhofften Kolonien auswandern, und glauben Sie, wenn heute wirklich eine Million Deutscher irgendwo hinwandern würde, damit das Problem der Arbeitslosigkeit und Ihrer Überbevölkerung gelöst wäre? Haben Sie noch nichts gehört von den viel zu niedrigen Löhnen der Arbeiterschaft und der damit verbundenen geschwächten Konsumkraft der überwiegenden Zahl der Menschen überhaupt; die nur wieder zur Folge jene Krisenerscheinungen haben, die mit Arbeitslosigkeit verbunden sind. Haben Sie noch nichts gehört davon, daß die deutschen Gewerkschaften immer wieder darauf hinweisen, daß, je geringer der Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt ist, desto mehr muß Arbeitslosigkeit um sich greifen. Zu welchem Zeitpunkt der Krisen wollen Sie europäische Menschen nach Afrika verfrachten und wieviel sollen es denn sein? Sie sind wie ein richtiger Dr. Eisenbart! Haben Sie noch nichts gehört, daß England seit mehr als 5 Jahren sein Arbeitslosenhonorar noch nie unter eine Million heruntergebracht hat? England, das riesigste Kolonialreich der Erde. Haben Sie noch nichts von der französischen Arbeiterklasse gehört, die ebenso wie die deutsche oder eine andere von Not und Elend gepetscht wird, trotzdem Frankreich im ungeheuren Maße Kolonialland besitzt, und da wollen Sie irgend jemand einreden, es wäre von Vorteil für die deutsche Arbeiterklasse, wenn Deutschland Deutschostafrika als Kolonie bekäme. Dieses „wunderbare Land“, das Sie im Kino so oft bewundern konnten. Man könnte wirklich brüllen ob soviel Einfalt, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Nach Ihrer Meinung sollte sich also die deutsche Arbeiterschaft aus den Kolonialkassen der verkrachten Existenzen des untergegangenen Kaiserreichs spannen lassen. Wie nativ Sie sind, wenn Sie schreiben, man müsse doch dem Völkerbund klar machen können, daß Deutschland für seine Überbevölkerung Kolonien braucht. Was würden diese Ziele für die deutsche Arbeiterklasse bedeuten? Haß gegen jene die „uns“ die Kolonien verweigern! Wasser auf die Mühle all jener, die an Völkerverhetzung ein Interesse haben und ein Herausbeschören einer neuen Kriegspychose! Sie werden sagen, das ist übertrieben. Daß das nicht der Fall ist, dafür sind Sie der lebendigste Beweis. Und welche Überheblichkeit spricht doch aus Ihren Worten: „Die Eingeborenen, welche sich nicht selbst regieren können und kulturell auf einer tiefen Stufe stehen“. Ha, natürlich! Nur der Weiße ist berufen zu herrschen. Woher wissen Sie denn, daß unsere Kultur eine höhere ist als die der Neger? Was gibt dem Europäer das Recht, andere Völker zu regieren? Sie scheinen auch davon noch nichts gehört zu haben, daß dem IGB, die Organisation der farbigen Arbeiter, die Industrial and Commercial Workers Union of Africa, sich angeschlossen hat. Sie scheinen blind und taub durch die Welt zu gehen, da Sie nicht merken, daß die Kolonienvölker heute alle nach Selbstverwaltung und Selbstregierung verlangen und unter den ungeheuersten Opfern sich gegen die koloniale Unterstützung auflehnen. Haben sie in Ihrem Leben noch nichts gehört von Ägypten, Indien, China. Sollen wir uns als Arbeiter heute plötzlich an die Seite unserer Gegner stellen, um mit ihnen gemeinsam die zur Freiheit drängende Bevölkerung in den Kolonien zu unterdrücken und damit auch den Aufstieg der Arbeiterklasse dort verhindern? Vergessen Sie eines nicht, mein lieber Kollege n-1: die Unterdrückung der Völker in den Kolonien bedeutet auch Unterdrückung der Arbeiterklasse! Denn dort sucht sich das Kapital die billigsten Arbeitskräfte, und rücksichtsloseste Ausbeutung ist an der Tagesordnung. Es dürfte auch Ihnen klar werden, daß jene Ausbeutung in den Kolonialländern sich auswirkt auf die Arbeiterschaft im Mutterland.

Deutschland besaß ja auch einst Kolonien, darunter das ach so „herrliche“ Deutschostafrika. Hätten wir da keine Arbeitslosigkeit in Deutschland, könnten wir nicht Not und Elend — gab es keine Hungrigen, und haben Sie sich schon einmal die Frage vorgelegt, wer nun eigentlich überzählig ist, sei es in Deutschland oder Europa? Sind es jene, die durch das anarchische System des Kapitalismus ständig von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder ihr wirklich verfallen; oder sind es jene, die als Schmarotzer am Volkskörper in den Tag hinein leben und das verzehren, was andererseits zusammenwachsen und was sie den Rat zum Auswandern nun geben und wen wollen Sie als Kolonienländer benutzen? Es dürfte Ihnen auch recht ganz fremd sein, daß unsere ostpreussischen Junker heute wie ehemals polnische Wanderarbeiter hereinholen und Kinder in schwerster Anspannung zur Arbeit zwingen, trotzdem hunderttausende kräftige Männerarme brach liegen. Hat das irgendwie mit Überbevölkerung zu tun? Nein, mein lieber Kollege n-1, die Kapitalisten brau-

chen diese Reservearmee und werden sie immer zur Verfügung haben, sei sie auch einmal größer oder kleiner! Ihr ganzer Gedankengang läuft darauf hinaus, wir haben zuviel Menschen und Sie grübeln darüber nach, ob in 40-50 Jahren noch mehr zuviel sind. Sie sind auf falscher Fährte, mein lieber Kollege. Packen Sie den ganzen Kram ein, werfen Sie ihn über Bord und werden Sie Sozialist!

Die guten Gedanken, die Sie in Ihrem Artikel entwickelt haben, wie z. B. die Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre, gehen leider vollständig unter in dem übrigen Wust von Widersinn. Ich unterstreiche auch, daß es für Arbeiter sinnlos ist, eine ungezählte Kinderschar in die Welt zu setzen. Es ist verantwortungslos nicht nur gegen die Frau, sondern zugleich gegen die Kinder selbst, denn sie können doch nur in dauernder Unterernährung groß werden, wodurch sicher kein starkes, nach Freiheit sich sehendes Geschlecht heranwächst, und daß ist es doch, was wir bedürfen. Aber auch hier dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, als ob damit die Frage der Arbeitslosigkeit oder wie Sie es nennen, der Überbevölkerung gelöst wäre, denn die Ursachen hierzu liegen wirklich auf einem ganz anderen Gebiet.

Sie werden sagen, weshalb ich so heftig polemisiere und Sie nach Strich und Faden vermale, das hätte ich auch alles anders sagen können.

Freilich hätte ich das. Aber ich halte gerade diese Form für notwendig, um das Gesagte in Ihr Gehirn einzuprägen und damit Sie sich hinsetzen, lesen und studieren und Augen und Ohren aufmachen, um sehend und hörend durch die Welt zu gehen, dann passieren Ihnen solche Schnitzer nicht mehr. Es soll zugleich ein wohlmeinender Rat sein von dem anderen n-1.

Christian Ferkel.

### Der Internationale Gewerkschaftskongreß ein Versager!

Die Artikel in Nr. 33, 34 und 35 der „Gr. Pr.“ über den unerfreulichen Verlauf des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Paris drücken mir zu einer Entgegnung die Feder in die Hand.

Zuerst ein Klagegedicht darüber, daß keine staatlichen und städtischen Behörden zum Empfang bereit standen. (Wörtlich: Die Delegierten des internationalen Proletariats wurden nicht eines Wortes oder einer Verbeugung gewürdigt für ihre kulturelle Friedensarbeit). Nun, ich muß sagen, der Kongreß wurde so gewürdigt, wie er es verdient; sein Verlauf und sein Ende haben es denen gezeigt, die den Bericht darüber nicht bloß in der „Gr. Pr.“, sondern in den Tageszeitungen aufmerksam gelesen haben.

Über die zurücksetzende Behandlung der staatlichen und städtischen Behörden wollen wir uns keine grauen Haare wachsen lassen; behördlicher Empfang war zu Bebel's und Silliers Zeiten auch nicht üblich.

Nun zu einem sehr ersten Punkt des Kongresses: Mitgliederabnahme:

- 1922: 24 Millionen,
- 1924: 16 1/2 Millionen,
- 1927: 13 1/2 Millionen.

Auf Deutschland allein entfällt ein Mitglieder-schwund von 2 1/2 Millionen!

Und nun, Kollege, willst du wissen, wer an diesen aufgezählten Mißständen allein die Schuld trägt: Die +++ Kommunisten und alle Kollegen die aus angebotener Opposition für Sowjet-Rußland sich interessieren.

Der ADGB und alle ihm angeschlossenen Verbände mit ihrem gewaltigen Verwaltungsapparat haben dafür keine andere Erklärung, als wie die oben angeführte. Ich aber muß für meine Person und alle kommunistisch und oppositionell eingestellten Kollegen diese Behauptung zurückweisen.

Wilhelm Beyer.

### Das graphische Gewerbe in der Türkei.

Unserem österreichischen Bruderorgan „Neue Graphische Nachrichten“, entnehmen wir nachstehenden interessanten Bericht über das graphische Gewerbe in der Türkei:

Über die Entwicklung der neuen Türkei im allgemeinen wäre nicht viel zu sagen, unbestritten kann auch ein Aufschwung in der graphischen Branche verzeichnet werden. Dafür sprechen nicht allein die Unmasse teilweise illustrierten Tages- und Wochenblätter, welche speziell in Konstantinopel in allen möglichen Sprachen, seit zirka anderthalb Jahren auch wieder ein deutsches („Türkische Post“) erscheinen, und immer noch neue auftauchen, sondern auch in Werk- und Illustrationsdruck kann man eine lebhaftere Bewegung nach aufwärts beobachten. Besonders in Lithographie, Plakatdruck usw. wird für hiesige Verhältnisse ziemlich viel und gute Arbeit geleistet. Schlechter ist es mit der Chemigraphie bestellt.

Obwohl auch in dieser Sparte teilweise Qualitätsarbeit hergestellt wird, ist es immer mehr als fraglich, ob die Klichschees auch in der Druckerei sachgemäß behandelt werden, respektive ob das größtenteils ungeschulte Personal bei den meist sehr primitiven Einrichtungen imstande ist, die Klichschees so zu behandeln, daß die hieran hergestellten Drucke auch als Qualitätsarbeit bezeichnet werden können.

Auf diesem Gebiet liegt es nämlich noch am meisten im argen, woran hauptsächlich die am unrechten Ort eingesetzte Knauserei, verbunden mit Schinderkonkurrenz, in welcher der Orient dem Okzident absolut nicht nachsteht, schuldtragend ist.

In Konstantinopel allein gibt es zirka 10 große und 40-50 kleinere Druckereien, darunter auch solche, wo nur ein kleiner Tiegel steht, und der Satz anderwärts hergestellt wird. Es bestehen aber auch einige Druckereien, wo ganz moderne Maschinen, meist deutsche Marken, laufen. Aber auch dort wird, da es nur auf eine Massenproduktion ankommt, nicht die nötige Sorgfalt auf gutes Material und gewissenhafte Arbeit verwendet. Daß bei diesen Verhältnissen auch sonst gewissenhafte Arbeitskräfte gleichgültig werden, und fünf gerade sein lassen, ist nicht zu verwundern.

Dieselben Verhältnisse herrschen aber auch in den Steindruckereien und chemigraphischen Anstalten. Von letzteren existieren am Platze 10, wovon im besten Fall zwei als ernst zu nennende Betriebe in Betracht kommen. Zu den vorhin angeführten Umständen kommt noch, daß die Arbeitsräume oft derart dürftig sind, daß man im Winter, da keine Heizmöglichkeit besteht (und das Klima ist durchaus nicht so mild, wie vielfach irrtümlich angenommen wird), den Unbillen der Witterung ausgesetzt ist. Zerbrochene Fenster, geborstene Wände und Decken, dazu ein derart beschränkter Raum, daß sich das Personal gegenseitig im Wege steht, machen den Aufenthalt im Arbeitsraum so ungemütlich, daß von einem mit Lust und Liebe erfüllten Arbeiten keine Rede sein kann.

Der hiesige Unternehmer kann sich das Kunststück, das hier beinahe als Regel gilt, nur einen oder zwei gut bezahlte Angestellte, die dann als Faktoren oder Meister fungieren, sehr gut leisten, da ihm eine Menge meist junger Hilfskräfte zur Verfügung stehen, die unter der Anleitung der Faktoren und Meister für einen lächerlich geringen Lohn fest arbeiten müssen. Es gibt aber auch selbständig arbeitende Kollegen, meist Familienväter, welche 8-10 türkische Pfund pro Woche erhalten.

Als ein nach Ansicht der Unternehmer unfehlbares Mittel, den unbequemeren Konkurrenten aus dem Felde schlagen zu können, wird dem Personal ein geradezu sinnwidriges Sparen mit dem Material zur Pflicht gemacht, was sicherlich auf die Beschaffenheit der Erzeugnisse nicht günstig einwirkt. Diese Geschäftspraxis, die den Zweck verfolgt, durch immer niedrigere Preise den Konkurrenten ein Schnippen zu schlagen, hat in Konstantinopel schon unheimliche Formen angenommen. Dieser Konkurrenzkampf wird aber dadurch noch verschärft, daß in anderen Städten, wie Angora, Smyrna, Adana, Birma usw. mehr oder minder zweifelhaft „Kunsttempel“ errichtet wurden; daß sich durch allerlei Geschäftspraktiken immer mehr ausländische Kunden verlieren, darf ja niemand wundern.

Wie aus dem Vorangeführten ersichtlich ist, ist das graphische Gewerbe in der Türkei, trotz des eingangs erwähnten Aufschwunges, noch sehr reformbedürftig, jedoch ist mit einer Besserung in absehbarer Zeit kaum zu rechnen.

Nachdem hier weder eine Kranken- noch Unfallversicherungspflicht besteht, ist es für Ausländer unbedingt notwendig, daß, wenn sie in der Türkei oder überhaupt im Orient Stellung nehmen wollen, sie sich mittels Vertrag oder dergleichen sicherstellen. Ebenso gilt dies auch für den Urlaub und unsere zumindest größeren Feiertage, die, wenn nicht ein diesbezügliches Übereinkommen besteht, nicht bezahlt werden, wenn sie der Arbeiter feiern will.

Es erübrigt sich wohl zu erwähnen, daß derartige Verhältnisse nur deshalb Platz greifen konnten, weil hier weder bei den Prinzipalen noch bei der Arbeiterschaft eine Spur von einer Organisation zu finden ist.

Sicher wäre eine Organisation das sicherste Mittel, diesen unheillichen Zuständen ein Ende zu bereiten, doch würde eine derartige Schaffung sehr schwer durchzuführen sein, weil man nicht nur mit dem Widerstand der Unternehmer und Behörden zu rechnen hätte, sondern auch die Arbeiterschaft selbst, die sich hier aus verschiedenen Elementen und Nationen rekrutiert und für den Kampf, den die Arbeiterschaft nahezu aller Länder um eine bessere Lebenshaltung führt, kein Verständnis hat.

H. Layer.

# Feuilleton.

## Zur 25. Wiederkehr des Todes- tages von Emile Zola

am 29. September 1927.

Emile Zola ist die Ehrlichkeit der Sinne. Nicht gefälscht und nicht gezwinkt. Peter Hille.

In dem Artikel: „Das schuldbeladene Amerika“ in Nr. 36 der „Gr. Pr.“, ist auf Seite 177 oben, folgender Satz zu lesen:

„Und nun dieser Sacco-Vanzetti-Skandal, der am besten mit dem französischen Dreyfus-Skandal verglichen werden kann. Wie anders aber gingen damals die Wogen in Frankreich hoch! Es waren nicht die Proteste des Auslandes — das damals ebenso aufgewühlt war wie heute — die den Dreyfus-Handel zu einem glücklichen Ende führte, sondern die Wucht der öffentlichen Meinung in Frankreich selbst, die sich in Amerika als machtlos erwiesen hat.“

Dieser Satz erinnert mich an den einen, der in dem Artikel vergessen und dem es zu verdanken ist, daß Dreyfus „gerechtfertigt“ wurde, und der Ende September 1902 gestorben ist, also zu seinem 25. Todestag 1927 wohl der Erinnerung wert ist, auch wenn er den Roman des großartigen Bergwerkdramas „Germinal“ u. a. m. nicht geschrieben hätte.

Dieser eine ist kein Geringerer als Emile Zola, der brave Romancier, dessen sich jedermann in diesen Tagen erinnern sollte.

Dazu ist ein gutes Buch über Emile Zola von Dr. Benno Diederich (Leipzig). R. Voigtländers Verlag, zu empfehlen.

Dieses Buch wurde während des Dreyfus-Skandals geschrieben und steht auf Seite 79, unten, zu lesen:

„Jetzt hat er die journalistische Tätigkeit aufgegeben. Nur ab und zu, wenn er irgend etwas dem großen Publikum zu sagen hat, erscheint ein Artikel von ihm im „Figaro“, „seinem Blatt“. Und welche Bedeutung diese, seine Auslassungen haben, davon findet man gerade jetzt, wo ich dies schreibe, ein neues Beispiel darin, daß alle Zeitungen unter den Despatches die Meldung bringen, Emile Zola habe sich im „Figaro“ zugunsten des Kapitans Dreyfus ausgesprochen.“

In einem Nachtrag auf Seite 98, des sehr zu empfehlenden Buches, das mit einem Bildnis und einer Stammtafel geschmückt ist, steht zu lesen:

„Auf S. 79 schreiben wir als Beweis der Bedeutung von Zolas Auslassungen, daß sämtliche Zeitungen die Meldung brachten, er habe sich zugunsten des Kapitans Dreyfus ausgesprochen. Der Dichter ist seitdem weiter gegangen. Er hatte damals gesagt, er mache die Sache des unglücklichen Dreyfus zu seiner eigenen, und wir, die wir ihn kennen, wußten, daß dieser Anspruch in dem Munde des Mannes der breiten Energie keine leere Drohung war. Er hegte mit manchen und nicht den schlechtesten seiner Landsleute die Überzeugung, dem Verbannten sei Unrecht geschehen. Aber als die Berufenen schwiegen, als über den höher und höher schwellenden Wogen des öffentlichen Interesses aus dem Munde der Wissenden nur Halbheiten klangen und verschleierte Reden, feiger Angriff und laue Verteidigung, da stand er auf, der Unberufene, von dem Mut seiner Überzeugung beseelt. Er erhob seine Stimme, die laut das verworrene Gemurmel überdröhnte und auf der ganzen Erde ein Echo weckte. Drei Viertel seines Vaterlandes sprangen gegen ihn auf mit einem Wutschrei der Entrüstung, mit scheuem Entsetzen sah die

kleine Schar seiner Gesinnungsgenossen zu ihm empor. Er aber stand hoch über allen, und während die blöde Menge die Scheiben seines Hauses einwarf, schleuderte er weit sichtbar den Halben und Unehrliehen mit ruhigem Ernst seine sicher treffenden Anklagen entgegen, von allen Nationen der Erde tief bewundert.“

So sah in Wirklichkeit die „Wucht der öffentlichen Meinung“ in Frankreich aus.

Emile Zola, der aus Armut und Dunkel groß geworden ist, der zähe Kämpfer für Wahrheit, er, der den Kampf gegen tausende und abertausende Irreführte und Halbe, den Kampf gegen die „öffentliche Meinung“ in Frankreich aufgenommen hatte, war der Retter des Kapitän Dreyfus, des auf die „Teufelsinsel“ Verbannten.

Und gerade in unserer Zeit muß das, gelegentlich der 25jährigen Wiederkehr des Todestages von Emile Zola, recht allgemein bekannt werden, denn jeder Wahrheitsfreund wird sich des damaligen Rufes Zolas erinnern, der lautete:

„Ich klage an!“

Graphikos.

## Reiseeindrücke in England.

(Schluß).

Diese Bildungsbestrebungen innerhalb der englischen Arbeiterschaft sind nicht hoch genug zu werten. Der praktische Engländer hatte bisher wenig Sinn für Theorien, und die Vorgänge auf dem Pariser Kongreß zeigen, daß auch die höheren Ziele der Gewerkschaftsbewegung noch nicht allgemein klar erkannt sind. Die wissenschaftliche Behandlung der Arbeiterfrage wird also weiten Kreisen einen Einblick tun lassen in die Arbeiterbewegung im allgemeinen. Das beste Mittel dafür sind die Schulen. Es ist ein Zeichen von der Kraft der aufsteigenden Arbeiterschaft, daß sich in der englischen Universitätsstadt Oxford, neben den reichen und herrlich gelegenen Hochschulen, auch Arbeiterschulen befinden.

Vor allem erweckte die englische Bevölkerung mein Interesse. Wie bewegt sich der Engländer? Sind seine Gebräuche dieselben als bei uns? Angenehm berührt war ich davon, daß im öffentlichen Leben der Engländer sich viel freier bewegen kann. Er steht nicht so unter polizeilicher Führung als wir. Der Polizist ist nicht mit allen möglichen Hieb-, Stich- und Schußwaffen bewaffnet. In freundlicher Weise versieht der englische Schutzmann die nicht leichte Pflicht der Verkehrsregelung. In London gibt es sehr viele Parks und Anlagen. In denselben kann man sich in der ungezwungensten Weise bewegen. Man kann überall über den Rasen gehen, sich hinlegen, kurz, man kann tun, als — wenn man nicht in Deutschland ist. Der Engländer liebt seine Parks, er liebt auch sehr Blumen. Trotzdem nicht an jedem Weg ein Schutzmann steht, halten die Parks jeden Vergleich mit den unsrigen aus. Eigenartig war zu sehen, wie in dem großen Hyde Park abends überall, vereinzelt fest umschlungen, die Liebespärchen lagen und in die Nacht hineinträumten. Man steigt in dem Park herum und freut sich seiner Freiheit; keiner kümmert sich um den andern.

In einer sehr bedeutungsvollen Frage ist uns das englische Volk weit überlegen: in der Alkoholfrage. Der deutsche Bierphilister ist einigermaßen erstaunt, wenn er sieht, mit wie wenig Bier und Schnaps ein Volk leben kann. In England steht nicht der Alkohol im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Auch steht dort die Volksgesundheit in höherem Kurs als Braukapital oder die Gastwirtsinteressen. In dem Hotel, wo ich übernachtete, es hat über 100 Zimmer, habe

ich den Bierkeller besichtigt und fand ganze 4 Flaschen Bier. Der gesamte Biervorrat eines großen Hauses! Nur an einigen Tagen, vormittags von 10 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 10 Uhr, darf Alkohol verschenkt werden. In England ist der Alkoholkonsum seit vor dem Krieg um die Hälfte zurückgegangen. In allen Speiserestaurants, die ich besucht habe, stand auf jedem Tisch ein Krug mit frischem Wasser oder man erhielt in der entgegenkommendsten Weise ein Glas frisches Wasser. Das ist dort so selbstverständlich. Das zeugt aber auch von soviel gesundem Empfinden, daß wir uns ruhig ein Beispiel daran nehmen können. Denken wir an die Verhältnisse bei uns, und welcher Weg ist da noch zu gehen.

In Deutschland geht das Streben jeder größeren Stadt dahin, mindestens einen Wolkenkratzer zu haben. Selbst dort, wo die Notwendigkeit gar nicht vorliegt, kann man so ein fragwürdiges Gebäude entdecken. Ich glaube nun in London eine beträchtliche Menge von Hochhäusern zu finden. Nichts. Das Gegenteil. Nirgends gibt es mehr kleine Häuser als in London. London hat etwa 8 Millionen Einwohner. Der größte Teil davon wohnt in einstöckigen Häusern, jedes mit einem kleinen Gärtchen. Der Engländer liebt viel zu sehr Licht und Luft, als daß er durch einen Wolkenkratzer seine Umgebung der Schwindsucht ausliefere. Abseits von der Geschäftswelt wachsen Vorstädte auf, die einen freundlichen und angenehmen Eindruck machen. Hierher flüchtet der Arbeiter nach Feierabend und lebt besser als wie in unseren Steinwüsten.

Endlich will ich noch ein Erlebnis mitteilen, das in unserer freien Republik ganz unmöglich wäre. Auf einem belebten Platz neben dem „Tower“ treffen wir nachmittags 3 Uhr eine Versammlung. Der Redner einer politischen Partei stand auf einem Podium und entwickelte das Programm seiner Partei. Ringsherum standen die Leute und kein Schutzmann schritt ein. Abends hatten wir Gelegenheit, im Hyde Park eine ganze Reihe solcher Versammlungen zu beobachten. Von den verschiedensten Parteien und Richtungen waren Redner vertreten. Einer sprach für die Heilsarmee, daneben hielt einer eine Rede und warb für die kommunistische Partei. Nicht weit davon stand ein Redner einer Rechtspartei. Ein anderer wieder trat für die Freiheit Indiens ein. Ungestört von Publikum und Polizei konnte jeder seinen Gedankengang entwickeln. Ich dachte mit Wehmut an manche Gewerkschaftsversammlung in Deutschland. Wie brausten die Gemüter auf, wenn ein Kollege was anderes sich zu sagen trauf, als manchen lieb ist. Bei dem Engländer eine vornehme Überlegenheit, die Nachahmung verdient. Er hört sich wenigstens in aller Ruhe einmal die ganze Sache an. Nicht daß schon, bevor der Redner angefangen hat, die organisierte Opposition in Tätigkeit tritt.

Vieles, vieles könnte man über eine solche Reise berichten. Wie reibungslos wickelt sich der Riesenverkehr in London ab. Manche deutsche Stadt kann sich dort ein Vorbild nehmen. Manches Unangenehme wäre zu sagen. Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. London birgt viel, viel Not und Armut in seinen Mauern. Es soll bei dem Gesagten bleiben. Ein näheres Kennenlernen der beiden Völker Deutschland und England ist sehr notwendig. Die englischen und die deutschen Gewerkschaften werden in der Gewerkschaftsbewegung überhaupt eine führende Rolle erhalten. Ein Studium vor allem dieser beiden Hauptstützen ist unerlässlich. Durch diese Reise habe ich so viel wertvolles Material mitbekommen, das mir bei künftiger Arbeit wesentliche Dienste leisten soll.

A. Freudemann.

# Für meine Kopiererei Tüchtiger Formstecher,

suche ich einen ersten Fachmann,

im liebsten gelernten Reproduktionsphotographen, der alle modernen Verfahren für Offsetübertragungen nachweisbar gründlich beherrscht und der gewohnt ist, alle Neuerungen mit Interesse zu verfolgen. Meldungen von Herren, die in gleicher Stellung mit Erfolg tätig waren, erbittet schriftlich F. A. Brockhaus, Leipzig.

der Meisterstelle bekleiden, sowie Abriebe und Aufzeichnen erledigen kann, für dauernd wegen Auswanderung des jetzigen gesucht.

C. Oschmann, Hannover-Vahrenwald.

## Kartographischer Zeichner

besonders in Schrift geübt, in dauernde Stellung gesucht.

F. A. Brockhaus, Leipzig.

## Umdrucker,

perfekt im Aufstechen, für sofort gesucht

Gersonwerk, Aktien-Gesellschaft für Blechballagen, Brandenburg (Havel).

## Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

## Ia Auswaschfinktur

Zinkätzsals D. R. P.

## Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Fernspr. Mor. 12289

Achtung!

## Zahlstelle Zittau!

1. Vorsitzender und Auskunftserteiler

Paul Schulze, Zittau i. Sa.

Äußere Oybiner Straße 2

## Fachliteratur!

Der Werdegang der Autotypie. Preis inkl. Nachnahme 5.10 RM.

Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle v. G. Schweikhard u. W. v. Falkenstein. Preis inkl. Nachnahme 1.60 RM.

Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders. Preis inkl. Nachnahme 1.10 RM.

Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig